Nr. 108

DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

04. Mai 2018
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotzkistisch)

Was steckt hinter ihrem sogenannten „Fachkräftemangel"?

Was für eine verkehrte Welt! Während Millionen ArbeiterInnen keinen Vollzeit-Job finden, Zehntausende entlassen werden und die Mehrheit der Anderen sich Sorgen macht, ob sie morgen noch Arbeit hat, jammern die Herrschenden, sie würden keine „Fachkräfte" finden.

Was meinen sie überhaupt mit „Fachkräfte"? Sind all die Arbeiter, die die Unternehmer entlassen oder in Leiharbeit zwingen, etwa keine Fachkräfte? Sind die Putzfrauen im Krankenhaus, die beim Reinigen der Operationssäle zahlreiche Hygiene-Vorschriften kennen müssen, etwa keine Fachkräfte? Die Arbeiter, die zwanzig Meter hohe, stabile Gerüste aufbauen? Ganz zu schweigen von den Leiharbeitern, die sich alle paar Monate in eine neue, oft hoch spezialisierte Tätigkeit einarbeiten müssen?

Ihre arrogante Unterscheidung von fehlenden „Fachkräften" und „sonstigen Arbeitern" dient vor allem dazu, uns selber die Schuld dafür in die Schuhe zu schieben, wenn wir keinen vernünftigen Job finden. Statt Siemens, Opel und Co. mit ihren Massenentlassungen und Auslagerungen dafür verantwortlich zu machen, sollen wir denken, wir hätten uns nicht genug angestrengt oder den falschen Beruf gewählt. Eine Lüge!

Zwar gibt es tatsächlich einige Berufe, in denen es mehr freie Stellen als ausgebildete Arbeiter gibt, wie in der Pflege, in einigen technischen Berufen oder bei der Bahn. Doch selbst hier haben die Betriebe gar nicht vor, ernsthaft was gegen den Mangel zu unternehmen.

Denn natürlich könnten sie ihn einfach beenden. Das haben sie in der Vergangenheit mehr als einmal bewiesen. Nach dem 2. Weltkrieg zum Beispiel, als die Konzerne auf Hochtouren produzieren wollten, aber viele qualifizierte und erfahrene Arbeiter im Krieg ums Leben gekommen waren. Da haben sich die Unternehmer auch nicht davon abhalten lassen, dass viele 14jährige mit Volksschulabschluss kaum lesen und schreiben konnten. Sie stellten die nötigen Mittel bereit, um sie auszubilden. Mehr noch: Sie erhöhten die Löhne, gewährten mehr Freizeit und bessere Arbeitsbedingungen, damit die Arbeiter nicht zu einem anderen Betrieb wechselten.

Doch heute passiert das Gegenteil. Sie jammern darüber, dass sie keine ausgebildeten Arbeiter finden, aber die Zahl der Aus- und Weiterbildungsplätze erhöhen sie nicht. In Bundesländern wie NRW geht sie sogar zurück.

Die Konzerne hocken da wie fette Kröten und warten darauf, dass ihnen die perfekt passenden Arbeiter in den Mund fliegen. Und wenn die nicht kommen, dann lassen sie die Stelle lieber unbesetzt, als dass sie auch nur einen Cent von ihren Profiten für mehr Aus- und Weiterbildung oder gar für bessere Arbeitsbedingungen abgeben.
Im Gegenteil, auch die Berufe, die sie angeblich händeringend suchen – wie Informatiker, Physiotherapeuten oder Elektriker – werden reihenweise in schlechter bezahlte Tochter- oder Fremdfirmen ausgelagert. Und Flüchtlinge, die eine Ausbildung zur Altenpflegerin machen, werden abgeschoben.

Mehr noch: Sie nutzen den „Fachkräftemangel", um zahllose weitere Verschlechterungen zu rechtfertigen.

Die Bahn-Chefs sagen: „Es gibt einfach nicht genug Lokführer. Deshalb ‚müssen' die Lokführer flexibel sein und damit leben, dass sie erst kurz vorher erfahren, wann sie nächste Woche arbeiten müssen." Die Klinikleitungen sagen: „Wir finden einfach keine zusätzlichen Krankenschwestern. Deshalb ‚müssen' sie nachts alleine zwei Stationen versorgen, spontane Schichtwechsel mitmachen und an freien Tagen arbeiten kommen." Die Regierung behauptet sogar, sie würde so gerne die Schulen und Brücken sanieren, doch leider würden ihr die Fachkräfte fehlen!

In der Metallindustrie haben die Bosse durchgesetzt, dass sie ganzen Teilen der Belegschaften 40-Stunden-Arbeitsverträge aufzwingen dürfen, „weil die wenigen Fachkräfte die Arbeit in 35 Stunden nicht schaffen" könnten.
In der letzten Tarifrunde des Öffentlichen Dienstes haben sie den Busfahrern, Müllwerkern und Reinigungskräften erklärt, sie könnten ihnen nicht so viel Lohnerhöhung zahlen. Sie bräuchten das Geld angeblich dringender für die fehlenden Fachkräfte.

Und führende CDU-Politiker in Berlin haben sogar gefordert, Arbeitssuchenden sofort das gesamte HartzIV und das Wohngeld zu streichen, wenn sie auch nur ein Jobangebot ablehnen. Denn angesichts des Fachkräftemangels könne es doch nicht sein, dass es Menschen gibt, die nicht arbeiten.
Natürlich wissen sie, dass eine 45jährige ehemalige Schlecker-Verkäuferin keinen Job als Informatikerin oder Lokführerin bekommt. Ihnen geht es einzig darum, die Arbeitssuchenden mit dieser Drohung zu zwingen, auch wirklich jeden noch so mies bezahlten und weit entfernten befristeten Job anzunehmen.

Ja, für Unternehmer und Staat ist der „Fachkräftemangel" zu einer neuen Allzweck-Waffe geworden, mit der sie alle möglichen Verschlechterungen für die gesamte Arbeiterklasse rechtfertigen.

Ihre Methode hat einen Haken: Indem sie jammern, dass ohne die fehlenden Arbeitskräfte ihre Betriebe und das öffentliche Leben nicht laufen, erinnern sie uns an die Macht, die wir in den Händen halten: Denn in der Tat, ohne unsere Arbeit wird keine Schule und keine Brücke gebaut, öffnet kein Supermarkt, wird kein Patient versorgt, produziert keine Fabrik. Gemeinsam, mit allen Arbeitern und allen Berufen, verfügen wir über alles Wissen, alle Fähigkeiten, halten alles am Laufen – und können auch alles anhalten. Gemeinsam sind wir stark.

Antisemitismus:

Alle Formen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bekämpfen!

Die zwei Angriffe auf einen Israeli und einen Mann, der eine Kippa trug, haben öffentlich gemacht, wie sehr antisemitische Äußerungen und Angriffe zunehmen. Gerade in Deutschland läuft es einem dabei kalt den Rücken hinunter, angesichts der unsagbar schrecklichen Verbrechen, die hier an Millionen Juden begangen wurden. Doch leider: In einer Zeit, in der Rassismus und Abschottung überall stärker werden, ist es nicht verwunderlich, dass auch diese Form des Rassismus wieder zunimmt.

Weil die Angreifer in diesen beiden Fällen arabischer Herkunft waren, hat sich die AfD sofort darauf gestürzt. Die über 90% der antisemitischen Übergriffe, die von deutschen Rechtsradikalen verübt werden, stören sie nicht. Und natürlich auch nicht, wenn Migranten von Rechtsradikalen angegriffen werden. Hier aber schwingt sie sich plötzlich zur Verteidigerin der Juden auf und erklärt, Antisemitismus sei ein „muslimisches" Problem, das Merkel mit den Flüchtlingen „importiert" habe! Ein muslimisches Problem?
Zwei der Länder Europas, in denen antisemitische Übergriffe in letzter Zeit stark zugenommen haben, sind Ungarn und Polen, deren Regierungen wahrlich nicht dafür bekannt sind, dass sie viele muslimische Flüchtlinge aufnehmen.

In Ungarn hat Staatschef Orban eine Wahlkampagne dazu gemacht, dass jüdische Finanzmänner Europa angeblich gezielt mit Flüchtlingen „überschwemmen", um Europa seiner "christlichen und nationalen Identität" zu berauben. In Polen hat die Regierung unter Androhung von drei Jahren Gefängnis verboten, über die Mithilfe des polnischen Staates bei der Massenvernichtung der Juden im 2. Weltkrieg zu sprechen. In beiden Ländern hat die Haltung der Regierung diejenigen ermutigt, die nicht bei Worten stehen bleiben: Offene Drohungen und Angriffe auf Juden nehmen immer mehr zu.

Die AfD spielt eine ähnliche Rolle. Sie verharmlost die Judenvernichtung durch die Nazis, bezeichnet das Denkmal in Berlin für sie gar als „Schande" und trägt dazu bei, offenen und auch gewaltsamen Antisemitismus wieder hoffähig zu machen… während sie gleichzeitig gegen die „antisemitischen Flüchtlinge" hetzt.

Das ist nicht so widersprüchlich, wie es scheint. Dass Antisemitismus, Hass auf Flüchtlinge, Muslime und andere Formen von Rassismus stärker werden, hat eine gemeinsame Wurzel: die Krise des Kapitalismus. Überall werden die sozialen Probleme größer, Armut und die Sorge, wie es morgen weitergeht. Um das zu ändern, müsste man an die Ursachen gehen: an die Kapitalisten, ihre Reichtümer, ihre Alleinherrschaft über die Betriebe und die Profitlogik.



Gerade das aber wollen alle diese politischen Bewegungen nicht, sie stehen ja im Dienste dieser Kapitalisten. Also versuchen sie abzulenken, indem sie laut über irgendeine Gruppe schimpfen, die „anders" ist – die eine andere Religion oder Lebensweise hat – und sie für alle Probleme verantwortlich machen. Ein Seehofer redet lieber jeden Tag über Flüchtlinge und den Islam, damit nicht auffällt, dass er nichts an der Leiharbeit, an der Situation in den Krankenhäusern oder den Niedrigrenten ändern will. Und nicht nur unter den „Einheimischen", auch unter Migranten gibt es verschiedene politischen Bewegungen, die solches Gift versprühen.

Was den Antisemitismus betrifft, so kommt erschwerend hinzu, dass die israelische Regierung ihm selber Nahrung liefert. Denn wie kann man nicht wütend werden, wenn man sieht, wie der israelische Staat seit Jahrzehnten das palästinensische Volk in ein großes Gefangenenlager sperrt, ihnen Felder, Medikamente und Trinkwasser raubt und sie regelmäßig mit Bomben terrorisiert. All dies mit der offenen Unterstützung der USA.
In den letzten Wochen haben tausende Palästinenser mit Protesten an der Grenze versucht, auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Der israelische Staat hat dutzende von ihnen einfach niedergemetzelt und hunderten jungen Menschen gezielt in die Beine geschossen. Soll eine ganze Generation Palästinenser zu Krüppeln gemacht werden?

Es gibt weltweit viele Menschen jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft, die diese grausame Politik ablehnen. Es ist also keine „jüdische" Politik, sondern die eines Staates. Aber die israelische Regierung tut so, als würde sie im Namen aller Juden handeln. Und dies hilft den antisemitischen Kräften, die legitime Empörung über die israelische Politik in Antisemitismus, in Hass auf alle Menschen jüdischen Glaubens zu verwandeln – gerade in der arabischen Bevölkerung, zu der die Palästinenser gehören.
Auch viele arabische Staatschefs machen dabei mit. Sie reden gerne von der „Einheit aller Araber gegen den gemeinsamen Feind, die Juden". Dabei haben sie nicht einen Finger gerührt, um den Palästinensern konkret zu helfen. Ihre Reden von der „Einheit aller Araber" und dem „gemeinsamen jüdischen Feind" helfen ihnen vor allem zu verschleiern, dass sie selber ihre eigene – arabische – Bevölkerung unterdrücken.

Es ist überall das gleiche: Ob die AfD und Seehofer, der israelische Staat oder die arabischen Staaten, alle versuchen, uns nach Religionen und Herkunft zu trennen. Sie wollen, dass jede Gruppe „unter sich" bleibt und versuchen uns einzureden, dass andere Gruppen unser Feind sind. Dabei handeln sie genauso wie die Bosse, die in den Betrieben immer versuchen, uns zu spalten.
Wir, die einfache Bevölkerung, arbeiten aber in den Betrieben zusammen. Wir leben in den gleichen Stadtteilen. Und wir können nur verlieren, wenn unser Alltag irgendwann von Hass untereinander geprägt ist, wenn jeder Angst haben muss, für seine Ansichten oder sein Aussehen überfallen zu werden.

Damit dies nicht passiert, muss sich in der arbeitenden Klasse wieder die Erkenntnis durchsetzen, dass der wirkliche Gegensatz in dieser Gesellschaft zwischen den sozialen Klassen verläuft: zwischen den Wenigen, die das Geld, die Unternehmen und den Staat besitzen und uns allen, die wir nur unsere Arbeit zum Leben haben. Und dass sich für uns nur etwas ändern kann, wenn wir uns zusammentun – gegen die Kapitalisten und ihren Staat, die uns überall für ihren Profit ausbeuten, unterdrücken und notfalls mit unserem Blut für ihre Interessen Krieg führen.

OPEL: Erpresser hören nicht von alleine auf



Am 24. April haben 1.400 Arbeiter von Opel Eisenach die Arbeit niedergelegt und demonstriert, gegen die Drohung der Konzernspitze, dass die Hälfte der 1.800 Arbeiter ihren Job verlieren könnten. Auch Arbeiter der anderen Opel-Werke sind zu der Demonstration gefahren. Schließlich sind sie alle betroffen.

Erst letztes Jahr hat der französische Konzern PSA (Peugeot-Citroën) Opel gekauft. Kaum war der Vertrag unterschrieben, hat PSA verlangt, dass 4.000 Arbeiter „freiwillig" mit Abfindung gehen. Dann haben sie einen Tag Kurzarbeit pro Woche (also eigentlich eine Lohnkürzung) für tausende Beschäftigte der Entwicklung angeordnet. Und nun verlangen sie, dass alle Arbeiter auf die tarifliche Lohnerhöhung von 4,3% verzichten. Sie drohen: Wenn die Gewerkschaft dem allem nicht zustimmt, werden weniger Autos in Deutschland produziert, angefangen bei dem Werk in Eisenach.

Als PSA im letzten Jahr Opel von General Motors gekauft hat, hatten die Politiker und auch die Führung der IG Metall erklärt, nun beginne „eine neue Zeit". Denn schließlich entscheide jetzt kein amerikanischer Konzern mehr, sondern ein europäischer. Welche neue Zeit? Für die Arbeiter ist alles beim Alten geblieben: Dieselben Angriffe, dieselbe Erpressung.

Es gibt keinen „guten" Unternehmer, keine Rettung von Oben für die Arbeiter. Das einzige, was die Angriffe auf ihre Arbeitsplätze und Löhne bremsen kann, ist Widerstand.

Ein Minister, der gesund macht?

Die gesetzlichen Krankenkassen haben seit mehreren Jahren große Überschüsse. Doch was macht die Regierung? Zwingt sie die Kassen dazu, endlich wieder mehr Behandlungen und Medikamente zu erstatten – oder mehr Personal in den Krankenhäusern zu bezahlen?
Nein, Gesundheitsminister Spahn will lieber die Beiträge senken, um… 0,15% für uns und 0,15% für die Unternehmen. Wir merken solch winzige Summen kaum, aber ein Konzern mit dreißigtausend Arbeitern spart so mal eben 1,6 Millionen Euro, die in der Krankenkasse fehlen.
Bei dieser Politik bleiben nur die Profite gesund!

Militärausgaben:

Ein Ausdruck für die Bedrohlichkeit des Kapitalismus

Die Militärausgaben waren 2017 so hoch wie nie seit Ende des Kalten Krieges: 1.739 Milliarden Dollar. Solche irrsinnigen Summen werden ausgegeben, um Waffen zu kaufen!

Mit Abstand das meiste Geld geben die USA hierfür aus, über 600 Milliarden Dollar: dreimal so viel wie China und sogar 10 Mal so viel wie Russland. Allein diese Zahlen sagen viel über das wirkliche Kräfteverhältnis auf der Welt aus. Auch Deutschland gehört zu den 10 Staaten mit den weltweit höchsten Militärausgaben.

Die Entwicklung der Militärausgaben ist ein Ausdruck der seit langem anhaltenden wirtschaftlichen Krise. Die Industriekonzerne haben kaum noch neue Absatzmärkte. Daher verschaffen die Industriestaaten wie die USA oder Deutschland ihren Konzernen zusätzliche Absatzmärkte, indem sie von ihnen immer mehr Waffen kaufen. Und indem sie alles tun, damit andere Länder – wie Saudi-Arabien, Ägypten oder Indien – Waffen von ihnen kaufen. Gleichzeitig rüsten alle Staaten auf, um in den wachsenden Spannungen und Konflikten, die die Krise erzeugt, ihre Interessen auch mit militärischer Gewalt, mit Krieg durchzusetzen: in Syrien, im Jemen, im Irak, in Mali… und irgendwann vielleicht auch in Europa.
Um diese bedrohliche Entwicklung zu beenden, gibt es nur eine Möglichkeit. Man muss ihren Verursacher bekämpfen: den Kapitalismus.

Verwundet auf dem Feld der Arbeit

874.000 Arbeiter hatten 2017 auf der Arbeit einen Arbeitsunfall, 190.000 weitere auf dem Weg zur Arbeit. In nur einem Jahr wurden damit offiziell mehr als 1 Million Arbeiter durch die Arbeit verletzt, über 700 sind gestorben. Hinzu kommen all die Unfälle, die nicht gemeldet wurden – weil die Chefs die Arbeiter unter Druck setzen oder schlimmer noch, wenn sie ohne Papiere arbeiten müssen und nach einem Sturz auf der Baustelle einfach „verschwinden".

Viele dieser Unfälle hätten verhindert werden oder weniger schlimm sein können, wenn die Unternehmer uns nicht wissentlich mit ihrem Stress und Personalmangel, unmöglichen Schichten und Überstunden, veralteten Maschinen und Geräten oder gar fehlender Sicherheitsausrüstung ständig Risiken aussetzen würden. Aber für sie steht der Profit über allem.

Ja, wir Arbeiter riskieren jeden Tag unsere Gesundheit, unsere Haut, um die Profite zu produzieren. Wir tragen (im Gegensatz zu den Kapitalisten) nicht nur die ganze Verantwortung in dieser Gesellschaft, sondern obendrein das Risiko.

Amazons

„visionäres Geschäftsmodell"

Der Springer-Verlag (der Verlag der BILD-Zeitung) hat dem Besitzer von Amazon – dem mittlerweile reichsten Mann der Welt mit 112 Milliarden Dollar Vermögen – ernsthaft einen Preis verliehen: für sein „visionäres Geschäftsmodell", seine „herausragende und außergewöhnlich innovative Persönlichkeit" und seine „gesellschaftliche Verantwortung".

Perfektionierung der Ausbeutung, niedrige Löhne, Dauer-Überwachung und krasser Leistungsdruck – dieses „Geschäftsmodell" von Amazon möchte der Springer-Verlag wohl auch bei sich durchsetzen.

700 Demonstranten, darunter Amazon-Beschäftigte aus Deutschland, Polen, Spanien und Italien, haben es sich jedenfalls nicht nehmen lassen, bei der Preisverleihung zu zeigen, was sie von dieser „Vision" halten – und dass sie weiter vorhaben, sich dagegen gemeinsam zu wehren.

Schulen statt Spekulanten!

Die Frida-Levy-Gesamtschule in der Essener Innenstadt zerfällt langsam. Vernagelte Fenster, Schimmel, Stahlfenster und Deckenteile, die herabfallen. Alle wissen: Man muss Teile der Schule abreißen und neu bauen.

Eigentlich hatten die Politiker seit langem in Aussicht gestellt, dass sie dafür das leerstehende Gelände der ehemaligen Volkshochschule bekommen können, das nebenan liegt. Doch jetzt hat die Stadt entschieden, das Gelände stattdessen an einen privaten Immobilien-Hai zu verkaufen, der dort… Bürogebäude bauen will.



Die Schüler der Gesamtschule haben 1.200 Unterschriften gesammelt und sind mit mehreren hundert Schülern am 24. April zur Ratssitzung gezogen, um den Politikern lautstark ihre Botschaft zu überbringen: Dass eine Schule wichtiger ist als Profite von Immobilienspekulanten.

Hungrige Preise

Die Lebensmittelpreise sind im letzten Jahr um 3% im Schnitt gestiegen. Und gerade Grundnahrungsmittel sind zum Teil in die Höhe geschossen: Butter kostet 58% mehr, Äpfel sind 36% teurer… Für viele ärmere Familien bedeutet das, dass noch häufiger das Geld selbst für die einfachsten Dinge fehlt.

Warum? Es gab keine Naturkatastrophe, und auch die Bauern bekommen nicht mehr Geld für ihre Milch oder Äpfel. Nein, die Preise steigen nur deshalb, weil die fünf Lebensmittelkonzerne, die den gesamten Markt beherrschen, sich abgesprochen haben – um ihre Profite zu erhöhen.
Die Rekordprofite von Aldi, Rewe, Lidl und Co. fressen unsere Löhne, Renten und HartzIV auf!

Keine Wohnungen mehr für Rollstuhlfahrer?

Bislang müssen Immobilienfirmen, die in NRW mehr als 8 Wohnungen bauen, mindestens eine davon behindertengerecht bauen, bei mehr als 15 Wohnungen zwei. Da der Bau dieser Wohnungen aber teurer ist, haben die Konzerne kein Interesse daran.

Und deshalb will die CDU/FDP-Landesregierung dieses Gesetz komplett streichen. Künftig müssen die Konzerne dann keine einzige Wohnung mehr so bauen, dass sie auch für Rollstuhlfahrer und Rollatoren geeignet ist! Auch ein Aufzug soll nicht mehr ab der 5. Etage, sondern erst ab der 6. Etage Pflicht werden.

Die Entscheidung ist eine Katastrophe für die Betroffenen. Schon jetzt gibt es so wenige behindertengerechte Wohnungen, dass nicht einmal ein Viertel der Betroffenen eine finden kann. Vielen älteren oder behinderten Menschen wird dadurch die einzige Chance genommen, eigenständig leben zu können.
Doch für CDU und FDP ist dies nebensächlich, wenn es um die Profite der Immobilienkonzerne geht.

Kreuzritter Söder

CSU-Spitzenkandidat Söder will verzweifelt Stimmen bei der bayrischen Landtagswahl zurückerobern.

Das ist der Grund für seine Kampagne, im Eingangsbereich aller Behörden Bayerns Kreuze aufzuhängen. Genau wie Innenminister Seehofer und seine Sinnlos-Diskussionen, ob der Islam zu Deutschland gehöre, wendet er sich damit an den Teil der Wähler, den die CSU an die AfD verloren hat: An diejenigen, die wollen, dass der Staat – wie früher – offen und ausschließlich die christliche Religion vertritt.
Und vor allem an diejenigen natürlich, die sich über jede Provokation gegenüber Flüchtlingen und allen Migranten freuen.

Söder und Seehofer versuchen es mit der gleichen Masche: Viel Lärm mit solchen Provokationen machen, um davon abzulenken, dass sie ansonsten der arbeitenden Bevölkerung Nichts zu bieten haben – dass sie keinerlei Antworten auf die wachsende Armut, die Verschlechterungen bei der Rente oder in den Krankenhäusern haben.

„Sie attackieren zwei, aber sie meinen uns alle“

Zwei Therapeutinnen, die seit 20 Jahren in der Celenus-Rehaklinik in Bad Langensalza arbeiten, sind fristlos gekündigt worden. Der Grund: Seit 2013 wehren sie und andere Beschäftigte sich gegen die miserable Bezahlung in der Klinik. Die Löhne liegen 42% unter denen ähnlicher Kliniken.

Die Klinik, die dem privaten französischen Klinik-Konzern Orpea mit 790 Standorten gehört, hat versucht, die Streikenden mit Drohungen einzuschüchtern und die Streiks vor Gericht verbieten zu lassen. Da nichts davon klappte, versuchen sie jetzt zwei der aktiven Kolleginnen rauszuschmeißen.



Seit der Kündigung gibt es Solidaritätsaktionen der übrigen Kollegen unter dem Motto: „Sie attackieren Zwei, aber sie meinen uns alle!“ Und auch viel Solidarität aus dem ganzen Ort, wo die Einwohner am 1. Mai für sie ein Solidaritätsfest gegeben haben. Eine Solidarität, die wichtig ist und hilft, sich von dem Konzern nicht kleinkriegen zu lassen.



DAS ROTE TUCH -
Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de **Telefon:** 0157 – 76493485
www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org
Das Rote Tuch kann man auch abonnieren: für 13 € pro Jahr!